

Ausstieg in ein neues Leben

Fast doppelt so viele Flüchtlinge wie im Vorjahr kamen 2014 aus Frankreich ins Saarland. Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer fordert strengere Kontrollen. Doch Experten bezweifeln, dass dadurch die Zahl der Asylsuchenden sinkt.

Von Franziska Jäger

A

ls Mahmud an diesem Mittwochabend am Saarbrücker Bahnhof aussteigt, liegen bereits Tausende von Kilometern hinter ihm. Vor mehr als vier Wochen ist er aus Syrien geflohen. Zusammen mit mehr als 500 Menschen wurde er auf ein Boot gepfercht, wird er später erzählen. Als es kenterte, ertranken Hunderte vor der italienischen Küste. Mahmud überlebte.

Die italienische Marine zog ihn aus dem Wasser, dann reiste er weiter nach Frankreich. Immer begleitet von der Angst, noch vor seinem Ziel Deutschland im Zug entdeckt und in den Bürgerkrieg zurückgeschickt zu werden. Jetzt hat er es geschafft – und steht vor der Polizeiwache auf dem Saarbrücker Bahnhofsvorplatz. Dort will er sich melden und Asyl beantragen.

Mahmud, der in Wirklichkeit anders heißt, ist kein Einzelfall. Waren es 2013 noch 608 Flüchtlinge, die bei der illegalen Einreise per Zug ins Saarland erfasst wurden, sind es in der ersten Hälfte dieses Jahres bereits über 1000.

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) gibt es zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg über 50 Millionen Flüchtlinge, Asylsuchende und Binnenvertriebene weltweit. Neben dem Krieg in Syrien zwingen auch die gewaltsamen Konflikte in Afrika viele Menschen zur Flucht. Vergleicht man die UNHCR-Statistiken mit den Zahlen der Grenzpolizei im Saarland, fällt auf, dass die Kurven parallel verlaufen. Schottet sich Deutschland weiter ab, werden die Flüchtlingsströme nicht abflauen. Doch ignorieren kann die Politik die steigende Kurve nicht, vor allem nicht im Saarland, wo fünfmal täglich der TGV von Paris nach Frankfurt hält. Von einer „Schleuserstrecke“ spricht Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und bat unlängst die Bundesregierung, mit der französischen Regierung das Problem zu lösen. Seit zehn Jahren schon kontrollieren deutsche und französische Polizisten gemeinsam ICE- und TGV-Züge, doch das ist Kramp-Karrenbauer nicht genug. Sie fordert vielmehr, die Grenze noch strenger zu überwachen und Schleuser zu bekämpfen. Politik und Polizei scheinen gleichermaßen überfordert: Im Mai dieses Jahres griff die Bundespolizei über 40 eritreische Flüchtlinge auf. Da die Unterkünfte bereits voll waren, musste der Malteser Hilfsdienst mit Zelten aushelfen.

Gemeinsam auf Patrouille

Polizeioberkommissar Dieter Schwan weiß aber, dass sich das Problem nicht nur mit mehr Geld aus der gesamtdeutschen Staatskasse lösen lässt. Viele Jahre lang marschierte er durch die Züge, die die Grenze passieren, und überprüfte Ausweise. Mittlerweile ist Schwan für die Pressekontakte zuständig und steigt nur noch manchmal in den Zug – normalerweise mit einem deutschen und zwei französischen Kollegen. An diesem Mittwoch kontrollieren aber nur die beiden deutschen Polizisten. Journalisten sind bei den deutsch-französischen Grenzpatrouillen neuerdings ausgeschlossen: Zwei Tage vor der geplanten Kontrolle erteilte die französische Polizei *ParisBerlin* eine Absage – Anweisung aus Paris. Vielleicht eine Reaktion auf den Verdacht, den kürzlich ein Redakteur des *Spiegels* äußerte: Könnte es sein, dass „die französische





Deutsche und französische Beamten kontrollieren in den ICE- und TGV-Zügen meist gemeinsam.

Regierung in der Grenzregion bewusst nachlässig kontrolliert, um Flüchtlinge loszuwerden?"

Es ist kurz vor neun Uhr, Kommissar Schwan und eine Polizistin fahren mit dem Regionalzug von Saarbrücken ins lothringische Forbach. Wenig später hält dort der ICE aus Paris, zum ersten und letzten Mal, bevor er die Grenze überquert. Die Polizisten steigen ein – acht Minuten haben sie Zeit, um unerlaubt Einreisende zu entdecken, bevor der Zug in Saarbrücken anhält.

Das ist gar nicht so einfach: Schleuser kleideten die Flüchtlinge in Paris oft europäisch ein, erzählt eine Beamtin. Den Syrern und Afghanen würden häufig die Haare gegelt. Stutzig werden die Polizisten bei Fahrgästen ohne Gepäck oder mit Plastiktüten, bei Wegguckern oder

Anzeichen von Ängstlichkeit: „Das ganze Verhalten spielt eine Rolle“, sagt Schwan. Damit wehrt er den möglichen Vorwurf ab, die Hautfarbe sei ein Kriterium für die Kontrollen. Einer der Polizisten spricht schließlich doch einen dunkelhäutigen Fahrgast an, ein Kfz-Zeichen liegt neben ihm auf dem Sitz: „Was haben Sie damit vor?“, fragt er. „Ich will in Saarbrücken Autos kaufen“, erwidert der Mann leicht genervt. Der Verdacht der Kfz-Verschlebung liegt nahe. Aber der Mann zeigt seinen deutschen Personalausweis, gegen ihn liegt nichts vor. „Ungewöhnlich“, meint Schwan. Normalerweise greife er pro Tag zwei bis zehn Flüchtlinge auf.

Illegalität ohne Ausweg

Wer in der EU Asyl beantragen will, hat oft keine andere Wahl, als illegal einzureisen. Das Sonderkontingent, das die Bundesregierung für syrische Kriegsflüchtlinge eingerichtet hat, reicht längst nicht mehr aus. Zwar kommen die meisten Flüchtlinge in den Mittelmeeranrainerstaaten an und müssen laut der Dublin-III-Verordnung dort registriert werden. Die sogenannte „Drittstaatenregelung“ sieht vor, dass Menschen in dem europäischen Land, das sie als erstes betreten haben, Asyl beantragen müssen. Da sich Länder wie Italien oder Griechenland aber in einer

wirtschaftlich schwierigen Lage befänden, würden Flüchtlinge oft nach Deutschland weitergeschickt, erklärt Hannes Schammann, Leiter des Projekts Migration und Integration der Robert Bosch Stiftung. „Die Grenzen einfach abzuriegeln ist die bequemste Lösung“, meint Schammann. „Das widerspricht aber der europäischen Idee.“ Stattdessen plädiert er für eine „faire Verteilung der Flüchtlinge auf die verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten nach Kriterien wie Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl“. Außerdem würden manche Flüchtlinge in Deutschland oder Schweden anerkannt, in Griechenland hingegen nicht.

„Wir müssen endlich europäisch verbindliche Regelungen durchsetzen“, sagt Schammann.

Von all diesen juristischen Verwicklungen hat Mahmud keine

Ahnung. „Es herrscht Krieg in meinem Land“, sagt er. „Ich bin dort nicht mehr sicher.“ 5000 Euro hat er einem Schleuser bezahlt, um über Algerien, Libyen, Italien und Frankreich bis nach Deutschland zu kommen. Sollte er Asyl erhalten, will er auch seine Frau und seine drei Kinder aus dem Bürgerkrieg nach Deutschland holen. ●

UNGERECHTIGKEITEN DER EU-ASYLPOLITIK

Le nombre de réfugiés qui empruntent la ligne de TGV Paris-Sarrebruck et passent ainsi illégalement la frontière est en constante augmentation. Berlin soupçonne Paris de ne rien faire pour inverser la tendance.